Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich M., monatlich M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich M., monatlich M. Durch die Post vierteljährlich Mk., monatlich Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren im hiesigen Pfg., auswärts Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichtinnehaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von bezw. Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 237 | Freitag, den 8. Oktober 1920 | 38. Jahrgang

Ein starkes Stück.

Nachdem es uns trotz der geringen uns zur Verfügung stehenden militärischen Kräfte gelungen ist, die große Masse der auf deutsches Gebiet übergetretenen Sowjettruppen ordnungsgemäß zu entwaffnen, ist nun auch die Überführung dieser Truppen in die einzelnen Internierungslager ist nun auch durchgeführt worden. —

Ein Aufatmen geht durch alle ordnungsliebenden Kreise der deutschen Bevölkerung, daß wir an einer schweren Gefahr vorübergekommen sind. Wenn auch von den deutschen Berichterstattern gemeldet wird, daß das Gros von den eigentlichen Ideen der Sowjetregierung nur geringe Kenntnisse hat, und somit auch die Gefahr einer direkten bolschewistischen Infizierung der ostpreußischen Landbevölkerung nicht ganz so nahe lag, wie es anfänglich schien, so mußte doch befürchtet werden, daß es den kleineren und größeren Abteilungen der Sowjettruppen gelingen würde, sich der Internierung und Entwaffnung zu entziehen und durch ihr Herumvagabondieren und Betteln Unruhen in die an sich schon nervöse Bevölkerung zu tragen.

Wie gesagt, die größte Gefahr ist überwunden, dank des energischen Eingreifens und der unermüdlichen Arbeit unserer Reichswehrtruppen und der zu diesem Zwecke aufgebotenen Bürgerwehr.

Im Gegensatz zu allen die Ordnung und Ruhe anstrebenden Kreisen besitzt die „Rote Fahne", das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, in ihrer Nummer vom 14. September die Unverfrorenheit, an leitender Stelle ihre Anhänger und Nachläufer offen gegen die deutsche Regierung aufzuwiegeln. „Übt Solidarität mit den roten Soldaten!" heißt es in großen Lettern über die Spalten hinweg. In der gehässigsten Weise wird das einwandfreie Auftreten unserer Regierung Sowjetrußland gegenüber mißkreditiert. Man lese: Die „neutrale" deutsche Regierung behandelt sie (die tapferen 50 000 Soldaten der Roten Armee) so, wie Schnorrer und Verschwörer von dem deutschen Militär schon zu Wilhelms Zeiten behandelt worden sind. Man läßt sie hungern, um sie für die konterrevolutionäre russische Propaganda mürbe zu machen." Was die „Rote Fahne" weiter will und ihren Lesern anrät, geht ziemlich unverhohlen aus folgendem Satz hervor: „Jetzt gilt es, den Soldaten der Roten Arme, die über Deutschland zerstreut werden, durch praktische Taten der Solidarität (!!) zu zeigen, daß auf deutschem Boden nicht die Geßler und Seeckt allein zu befehlen haben, sondern daß auch ihr, deutsche Proletarier, da seid!" Wie nun diese praktischen Taten der Solidarität verstanden sind, sagt der nächste Satz: „Arbeiter! Genossen! Erhebt in Massen Protest gegen die Entwaffnung der Roten Armisten auf deutschem Gebiet! Fordert, daß die Soldaten der Weltrevolution auf dem Boden des werktätigen Volkes Deutschlands ihre Waffen behalten!"

Warum gerade der Rotarmist in Kreisen des „werktätigen" deutschen Volkes unter Waffen bleiben soll, geht aus dem Aufruf nicht weiter hervor, läßt aber darauf schließen, daß das von der „Roten Fahne" gemeinte „werktätige" Volk sich in einer ähnlichen Verfassung befindet, wie es für die roten internierten Soldaten von ihr so sehnsüchtig angestrebt wird, — nämlich unter Waffen.

Der Aufruf schließt mit den üblichen Hochrufen auf das Räterußland und auf verschiedenes dem verwandtes, ein Ruf, in den die 200 deutschen Arbeiter, die das gefeierte Räterußland am eigenen Leibe erleben durften, sicher hell mit einstimmen werden, durften sie doch erfahren, wie herrlich und in Freuden es sich dort leben ließ.

Ein neuer Sozialisierungsplan.

In der Hexenküche der Sozialisierungsapostel hat man der kranken deutschen Wirtschaft wieder einmal einen neuen Heiltrank gebraut. Oder vielmehr gleich zwei Tränkchen, von denen sie das eine oder das andere nach Belieben zu sich nehmen darf. Die Sozialisierungskommission, die im vorigen Jahre sang- und klanglos eingeschlafen war, hat nach dem Kapp-Putsch ihre Auferstehung gefeiert, weil die siegreichen Gewerkschaften die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung forderten und zugesagt erhielten. Nun hat sie sich, gerade so wie im vorigen Jahre, vor allem mit der Sozialisierung des Kohlenbergbaues beschäftigt, der bekanntlich vorzugsweise dafür reif sein soll.

Aber ebenso wie im vorigen Jahre, hat sich die Kommission auch diesmal nicht einigen können. Die Vollsozialisierung, die damals von ihrer Mehrheit empfohlen wurde, hat diesmal nur eine Minderheit auf sich vereinigt; zehn von den einundzwanzig Mitgliedern der Kommission haben sich für sie in der Form ausgesprochen, daß eine sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues durch Enteignung der Zechenbesitzer erfolge, deren Eigentumsrechte vom Staate durch festverzinsliche Obligationen abgelöst werden sollen. Der Plan ist ganz nach dem Herzen der Unabhängigen und Kommunisten, die freilich von einer Entschädigung der „Schlotjunker und Zechenbarone" lieber nichts hören möchten. Die Professoren und Theoretiker der Kommission behängen seine radikale Nacktheit mit dem Schamgürtel der Entschädigung, obwohl sie wissen müssen, daß das Reich ganz außerstande ist, diese Entschädigung zu zahlen, die seine Schuldenlast um Dutzende von Milliarden vermehren müßte. Deshalb ist er undurchführbar, solange nicht eine zweite, kommunistische Revolution die Rücksicht auf die bestehenden Eigentumsrechte gänzlich beiseiteschiebt.

Der zweite Vorschlag, der elf Stimmen erhalten hat, stammt aus der Werkstatt des „Klubsesselsozialisten" Walther Rathenau. Er schafft zunächst ein Kohlengroßhandels-Monopol des Reiches. Die Zechen behalten ihren privatwirtschaftlichen Betrieb, überlassen aber ihre gesamte Förderung zu den buchmäßig festgestellten Selbstkosten dem Reichskohlenrat, der als Monopolinhaber die Verkaufspreise festsetzt. Die Eigentümer erhalten ihre Selbstkosten einschließlich angemessener Abschreibungen und Rückstellungen vergütet, außerdem die Zinsen und Tilgungsquoten der auf den Unternehmungen lastenden Schulden, sowie für Neuanlagen und die normalen Zinsen für das in den Betrieben arbeitende verantwortliche Kapital. Dazu treten tarifmäßig festgesetzte Prämien für gesteigerte Erzeugung jedes Werkes sowie für soziale Betriebsverbesserungen, denen allerdings auch Abzüge für schuldhaft verminderte Produktivität gegenüberstehen. Entsprechende Prämien erhalten auch Arbeiter und Angestellte. Auf diese Weise sollen Kapital und Arbeit den Anreiz zu gesteigerten Leistungen behalten, nur das der Kapitalist nicht mehr in der Lage ist sich einen beliebigen „Mehrwert" zu erwirtschaften; dieser wird vielmehr auf bestimmte Leistungen begrenzt. Sind sie hoch genug, so wirtschaftet er immer noch eine gute Verzinsung und eine möglichst hohe Entschädigung bei der späteren Ablösung heraus. Denn diese ist nur aufgeschoben. Die Tilgungsquote, die die Werke für ihre Kapitalien erhalten, wird so bemessen, daß nach Ablauf einer Frist von etwa 30 Jahren die Werke von selbst in den Besitz des Reiches übergehen.

Hier wird dem Hunde der Schwanz also stückweise abgehackt. Aber mit Recht weist der Kohlenbergbau darauf hin, daß der Plan nicht nur am Ziele, sondern auch für die Zwischenzeit doch auf die Verstaatlichung hinauskommt, die gerade für den Bergbau mit Rücksicht auf ihre Unwirtschaftlichkeit schon von der ersten Kommission abgelehnt worden ist. Die Hauptfrage aber, ob dieses System der Sozialisierung mehr und billigere Kohle liefern wird, ist in dem Gutachten der Kommission nicht einmal berührt. Man sieht, daß Praktiker des Kohlenbergbaues bei der ganzen Angelegenheit kaum mitgeredet haben können, und wird erst, wenn man die Liste der Kommissionsmitglieder genauer prüft, auch wirklich gewahr, daß ausgerechnet ein einziger Vertreter des Kohlenbergbaues, der Abgeordnete Hue, also ein Vertreter der Bergleute, aber keiner der Unternehmer, in der Kommission gesessen hat. Auch dieser neue Plan ist am grünen Tisch ohne Fühlung mit der Praxis ausgeheckt, und sein Schicksal kann deshalb nicht zweifelhaft sein.

C. K.

Auch in Italien Enttäuschung.

Nachdem in Deutschland die Anhänger Räterußlands eine böse Enttäuschung erlebten und voller Erbitterung über die Irreleitung sich die 200 deutschen Rußlandfahrer mit dem Schriftleiter der Rätezeitung auseinandersetzten, mußten nun auch die Rätegenossen in Italien mit Sowjetrußland böse Erfahrungen machen, die im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel stanken. Hierzu wird uns gemeldet:

Vor einiger Zeit traf aus Odessa der Dampfer „Pietro Calvi" in Neapel ein. Von dem Zentralverbande der Kooperativgenossenschaften Sowjetrußlands waren mit dem Dampfer 4000 Tonnen Getreide exportiert worden. Wie man uns aus Rom mitteilt, berichtet das „Giornale d'Italia" vom 1. September dieses Jahres, daß die Sendung aus Sowjetrußland ein vollkommener Bluff ist. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß von der Ladung — 2300 Tonnen verdorbene Gerste sind; 700 Tonnen sind verschimmelter Mais, dessen Verkauf die italienische Sanitätsbehörde verboten. Der Rest ist Getreide von 3—4 Jahre alten Ernten. Das Getreide ist fleckig, zum Teil vermischt mit Dünger. Im Getreide fanden sich auch einige englische und französische Gewehre vor, ferner Munition usw. — jedenfalls alles ungenießbares Zeug. Die Gerste stank derart, daß die Hafenarbeiter sich weigerten, sie auszuladen, außerdem aber auch, weil sie sich bei der Berührung mit derselben an den Händen einen Ausschlag zuzogen.

Wenn man daran denkt, welche Mühe sich auch in Deutschland die linksradikalen Zeitungen gemacht haben, um ihren Lesern mit den in Sowjetrußland für uns abtransportierbar lagernden Lebensmitteln den Mund wässrig zu machen, so darf man hoffen, daß die Erfahrung, die man in Italien machte, dazu beitragen wird, derartige Versprechungen und Vorspiegelungen etwas näher unter die Lupe zu nehmen. —

Eigentlich ist es ja erstaunlich, daß jene Blätter mit ihren Märchen über das paradiesische Sowjetrußland immer noch Dumme finden, die derartige Lügereien glauben und die in Rußland herrschenden Zustände auch für uns erstrebenswert finden lassen. Zu begrüßen ist es nur, daß dieses Häuflein der „Unentwegten" immer kleiner wird und der Tag nicht ferne sein wird, an dem man es in allen Kreisen Deutschlands aufatmend begrüßt, daß wir vor dem Schicksal Rußlands, das sich wirtschaftlich für lange Zeit zu Tode experimentiert hat, bewahrt blieben.

Die Bolschewisten und die russische Intelligenz.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die russische Intelligenz sich im allgemeinen der Sowjetregierung gegenüber ablehnend verhält, anderseits ist sie aber genötigt, ihre Dienste anzubieten, um nicht zu verhungern, und als Sowjetangestellte genießen sie immerhin einige Vorteile. Die Sowjetregierung ihrerseits würde gern die Intelligenz, ganz ausschalten, sie hat aber keine mit den nötigen Kenntnissen ausgerüsteten Kräfte zur Verfügung, die sie an ihre Stelle setzen könnte. Auf ihre Mitarbeit angewiesen, betrachtet sie die Intelligenz doch stets mit großem Mißtrauen, und letztere erfüllt ihre Arbeit ohne innere Anteilnahme.

In der bolschewistischen Presse entfaltet ein Professor Gredeskul eine lebhafte Agitation und wendet sich an die russische Intelligenz mit Aufrufen, sich aufrichtig auf den Boden der Sowjetregierung zu stellen, um an dem Wiederaufbau Rußlands mitzuarbeiten. Wie wenig Erfolg er mit seiner Propaganda bisher gehabt hat, beweist ein Artikel der „Petersburger Iswestija", in dem es u. a. heißt:

„Es gibt Teile der Intelligenz, darunter Vertreter der Wissenschaften und Künste, die ihre früheren Fehler eingesehen haben, und von denen die revolutionären Arbeiter Rußlands lernen können. Ihre Zahl ist aber gering. Die Mehrzahl der russischen Intelligenz verhält sich nach wie vor ablehnend zur Sowjetregierung. Die Gelehrten sprechen von dem Verfall der Wissenschaften und von der unter der neuen Regierung zunehmenden allgemeinen Unbildung. Die Schriftsteller lächeln ironisch, wenn das Wort „Pressefreiheit" fällt. Die Schauspieler sehen auf das Theaterpublikum, das nur jedem künstlerischen Empfinden hohnsprechende Anforderungen stellt, herab. Die bildenden Künstler klagen, daß die Schönheit aus dem Leben verschwunden sei und die Regierung wahre Talente nicht zu schätzen wisse. Die Rechtsanwälte lachen über einen Staat ohne Recht und Gericht. Auf allen von der Intelligenz veranstalteten Vorlesungen, Vorträgen und Diskussionsabenden werden die Geschehnisse in Rußland nur ironisiert. Dieser Teil der Intelligenz wartet nur auf den Moment, wo die Grenzen geöffnet werden. Bitte schön! Wir werden die Intelligenz nicht halten. Wir wollen ihr die Möglichkeit, Rußland zu verlassen, geben."

Die Volksdienstpflicht.

Seit sich Deutschland in dem sogenannten Friedensvertrag von Versailles verpflichtet hat, die Wehrpflicht abzuschaffen, ist mehrfach der Gedanke geäußert worden, diese durch eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht zu ersetzen. Ihre Einführung erscheint um so dringender, als unsere Volkswirtschaft an einer äußerst mangelhaften Verteilung der Arbeitskräfte leidet. Durch Krieg, Auswanderung und Gebietsabtrennung sind uns über 14 Millionen Deutsche und darunter mindestens ein Drittel leistungsfähiger Arbeiter verloren gegangen, ein Verlust, dessen nachteilige Folgen durch den Geburtenanwachs des letzten Jahres nur noch verstärkt werden. Alle Mittel, die die Regierung angewandt hat, das so entstandene Mißverhältnis zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden zu mildern, sind bisher erfolglos geblieben; und sie werden auch fernerhin nicht zu dem gewünschten Ziele führen, solange man nicht eine tiefgreifende Umgruppierung der wirtschaftlichen Arbeitsfaktoren vornimmt.

Bei der heutigen Verteilung der Facharbeiter erweist sich die geleistete Arbeit als unproduktiv, d. h. bei gesteigertem Kraftaufwand werden ungenügende Tausch- bezw. Gebrauchswerte geschaffen. Diesem Übel zu begegnen, müßte einmal dem wirklich leistungsfähigen Arbeiter ein fruchtbringendes Arbeitsfeld gegeben werden (ich denke hier z. B. an die Abwanderung der Fabrikarbeiter zur Landwirtschaft), ferner aber — und das ist das Wichtigste — wäre der Überschuß von Kopfarbeitern auf lebenswichtige Betriebe zu verteilen.

An eine radikale Durchführung dieser Maßnahme kann jedoch wegen mangelhafter Wohnungsverhältnisse und der Gefahr der Existenzuntergrabung nicht gedacht werden, vielmehr muß diese „Verschiebung" bis zur Arbeitsleistung der kommenden Generation äußerst langsam vor sich gehen. Mit andern Worten: es muß ein Übergangssystem geschaffen werden, das einen gesunden Ausgleich der jetzigen Wirtschaftsverhältnisse mit den zukünftigen ermöglicht. Dieses Übergangssystem ist nun die wirtschaftliche Volksdienstpflicht. — Kammerpräsident Dr. Kleefeld schlägt ein obligatorisches Dienstjahr für Männer und Frauen im Alter von zwanzig bis dreißig Jahren vor. Ein Jahr lang soll jeder deutsche Mann in einem lebenswichtigen Betriebe gearbeitet und jede Frau — ihrem Können entsprechend — einen Haushalt geführt haben. Auf diese Weise wird eine Arbeit geleistet, die bei verhältnismäßig geringer Entlohnung produktive Werte schafft. Die Einordnung der Kopfarbeiter in einen volkswirtschaftlichen Betrieb hilft überdies die Klassenunterschiede verringern, während das Dienstjahr der Frau viel zur Förderung der Hauswirtschaft beitragen wird.

Warum wird angesichts so schwerwiegender Gründe immer noch mit der Einführung der Volksdienstpflicht gezögert?! Sie allein kann uns über Spa und Brüssel hinweghelfen. Sie ist sozialer als alle Sozialisierung. Sie ist das erste Gebot der Stunde!

W. G.

Die Räte-Regierung in Deutschland.

Dann muß das arme gequälte Deutschland nicht nur zur Ruhe, sondern in den Zustand der Seligkeit kommen. Denn das ist doch seit anderthalb Jahren die in allen Tonarten gepredigte Verheißung unserer linksradikalen Volksbeglücker. Natürlich geht alles in Deutschland schief, natürlich hat auch die bisherige Revolution nichts erreicht, der Schlüssel zum Paradiese ist die Räte-Regierung! Das ist nun einmal das Dogma von Moskau, es hilft nichts, unsere Moskau-Gläubigen glauben blind daran.

Und wie gesagt, nun ist die Bedingung erfüllt. Ob nun auch die Verheißung wahr wird? Vielleicht so wahr, wie sie in Rußland selige Zustände bereitet hat?

Aber der Leser fragt: Ja, wie denn, es steht doch nicht in der Zeitung, daß die Regierung gestürzt sei, daß die U.S.P.D. und die K.P.D. im Bunde die Umwälzung erreicht haben?

Du liebe Zeit, es führen viele Wege nach Rom. Es braucht ja nicht immer mit Straßenschlachten zu gehen, wenn es eben anders geht.

Wissen Sie, wo die Räte-Regierung faktisch aufgetreten ist? Nicht im Reichstage, nicht in einem Schlosse oder Rathause — so wurden die Revolutionen früher gemacht —, nein, diesmal — auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin.

Eigentlich schon vor Wochen. Da gingen dort Züge mit Abstimmungsberechtigten nach Westpreußen ab. Na, schließlich war diese Abstimmung ja eine nationale Tat. Und man brachte das zum Ausdruck, indem man in den Zügen, ehe sie abfuhren, nationale Lieder sang. Man hatte aber die Rechnung ohne — den Betriebsrat gemacht. Der Betriebsrat setzte es in kürzester Zeit durch, daß das Singen dieser Lieder aufhörte, weil durch diese Lieder „die Arbeiter" verletzt würden. Geschehen im Jahre des Heils 1920!

Und jetzt war der Betriebsrat sich seiner Macht bewußt geworden. Am 18. August sollte ein Waffen- und Munitionstransport nach Königsberg abgehen. Es waren alle Papiere da, von allen in Betracht kommenden Behörden, die bewiesen, daß dieser Transport für die ostpreußische Sicherheitswehr bestimmt sei. Auch persönliche Erkundigungen der Herren Betriebsräte (auch Frau Zietz spielte eine Gastrolle dabei) hatten dasselbe Ergebnis. Es half alles nichts: Der Betriebsrat der Eisenbahner blieb, der Transport blieb liegen!

Was wird geschehen? Unter dem schönen Vorwande, die deutsche Arbeiterschaft müsse die Neutralität gegenüber Rußland schützen und kontrollieren, hat sich da eine Behörde etabliert, gegen die Reichsämter und andere „bürgerliche" Einrichtungen scheinbar machtlos sind.

Nun, haben wir die Räte-Regierung oder nicht?

Also, ihr Sowjet-Gläubigen, — jetzt kommt das Himmelreich auf Erden! Hoffentlich nicht gar zu russisch!

Schlechte Regie!

„Freiheit" und „Rote Fahne" riefen an einem der letzten Juli-Tage „die arbeitende Bevölkerung" Berlins zu einer der [illegible] „Demonstrationen" im Lustgarten in Berlin auf. Nebenbei bemerkt, wie wenig muß in Berlin gearbeitet werden, wenn die 25000 Menschen, die nach Zeitungsangaben im Lustgarten zusammenkamen, „die arbeitende Bevölkerung Berlins," der Millionenstadt, darstellten. Aber man weiß ja, was „Rote Fahne" und „Freiheit" unter der „arbeitenden Bevölkerung" verstehen, — dazu gehört z.B. Herr Rechtsanwalt Rosenfeld, dieser „Proletarier" mit Vermögen, — dazu gehört aber nicht z. B. ein „Arbeiter", wenn er nicht zur K.P.D. oder U.S.P.D. gehört!)

Zusammengerufen hatten die beiden lieben Parteien zwar, zusammenstehen aber wollten sie nicht. Sie sammelten sich, hübsch nach Parteihürden geordnet, auf der einen Seite die Mannen um Ledebour, Rosenfeld und Gen., auf der anderen Seite die um Herrn Levi und Frau Zetkin. Und nun ging die Redekanonade los. Gemeinsam war das Thema, das Geschimpfe auf das Entwaffnungsgesetz. Aber interessant war es, wie verschieden dieses gemeinsame Thema behandelt wurde. Die U.S.P.D. „protestiert", weil — die „Arbeiter" ja bekanntlich gar keine Waffenhaben (ja, was fürchten denn diese „Arbeiter" eigentlich das Entwaffnungsgesetz? Dann geht es sie doch garnichts an. So wie Gesetze gegen Schieber doch die nicht treffen, die keine Schieber sind!), und weil das Entwaffnungsgesetz die „Reaktionäre" doch nicht erfassen — werde (!). Und drüben die Herren Kommunisten. Sie waren wieder ein bißchen ehrlicher. Sie trompeteten naiv die Forderung aus: Entwaffnung der „Bourgeoisie", — d.h. der Nicht-Kommunisten und Nicht-Radikalen — und Bewaffnung des „Proletariats", — was diese heute unter „Proletariat" verstehen!

Ja, wer hatte nun recht? Geschwindelt haben natürlich beide Demonstrations-Haufen. Aber das schadet ja nichts. Nur — die Frage ist erlaubt: — Warum ist die Regie nicht ein wenig besser? Wenn die feindlichen Brüder so getrennt — schwindeln, dann heben sie doch ihren Schwindel gegenseitig auf!

Kohlennot, Heizwert, Arbeitswert.

Von Organisationsanwalt Carl Oskar Finke.

Der Reichskohlenrat hat „wärmetechnische Beratungsstellen" gegründet. Wie man am besten den höchsten Heizwert erreicht, kann man dort erfahren. Das ist gewiß zu begrüßen. Aber noch wichtiger ist es, daß kein Zentner Kohle für unnütze Zwecke verfeuert wird. Seien wir doch endlich einmal uns klar darüber, daß in Deutschland noch viel zu viel Kohle für Zwecke verfeuert wird, die nicht der Belebung der Produktion oder des Verkehrs dienen. Die Not ist so groß, daß wir voraussichtlich sogar dazu übergehen müssen, ganz genau den volkswirtschaftlichen Wert eines Betriebes festzustellen, ehe wir Kohle freigeben. Die Verfeuerung von Kohle mag wärmetechnisch noch so vorzüglich gewertet werden, sie ist zu verbieten, sobald sie nicht volkswirtschaftlich wichtigen Dienst leistet. Dürfen wir dulden, daß für den „Drusch" Kohle fehlt, wogegen zur Herstellung von „Genuß-Alkohol" Kohle verwandt wird? Was ist wichtiger, daß Brot geschaffen wird oder daß Bier gebraut wird? Was nützt den Brauereiarbeitern, daß sie Arbeit haben, daß sie guten Lohn erhalten, wenn ihnen deswegen kein Brot geliefert werden kann, kein Anzugstoff und auch keine Schuhe? Wir werden uns damit abfinden müssen, daß der Kohlenmangel es nicht erlaubt, die ganze Industrie so zu beliefern, wie sie selbst es wünscht; ein großer Teil der Werke wird stillgelegt oder eingeschränkt werden müssen, damit das volkswirtschaftlich notwendigste erzeugt werden kann. Arbeitslosigkeit ist unvermeidlich, aber lieber arbeitslose Juweliere als arbeitslose Bauarbeiter. Es mag so weit kommen, daß die Güte der Waren ebenfalls heranzuziehen ist, wenn die Kohlenlieferung begutachtet werden muß. Besser ein Zementwerk voll in Betrieb, wenn das beste Ware liefert, als zwei nur halbbeschäftigte Werke, von denen das eine minderguten Zement erzeugt.

Diese Verteilung der Kohle nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfordert eine Selbstüberwindung innerhalb unserer Industrie, wie sie schwerer kaum gedacht werden kann. Durch behördliche Zwangsmaßregeln wird niemals etwas Brauchbares erreicht werden, dazu ist die zu leistende Arbeit zu gewaltig. Die Kohlenverbraucher müssen selbst die Kohlenverteilung regeln. Es geht ums Ganze. Wer sich gegen solch eine Regelung sträubt, der hilft ganz Deutschland vernichten. Das Schlechte muß dem Guten, das Gute dem Besseren weichen, je knapper die Kohlen sind.

Die besten, fleißigsten, geschicktesten Arbeitskräfte aller Art sind dort zu beschäftigen, wo die Kohle arbeitet. Es geht nicht an, daß tüchtige Leute arbeitslos werden, während untüchtige beschäftigt bleiben, nur weil die Kohlenverteilung das so mit sich bringt. Neben dem „Heizwert" spielt auch der „Wert der Arbeit" eine bedeutende Rolle.

Aufstieg Rußlands?

Es gibt jetzt bereits einige volkswirtschaftlich vorgebildete Deutsche, die Sowjet-Rußland aus eigenen Augen kennen. Zu ihnen gehört der Berliner Schriftsteller Dr. Alfons Goldschmidt. Er ist in diesem Frühjahr in Petersburg und Moskau gewesen und hat seine Eindrücke ausführlich mitgeteilt. Goldschmidt ist der lebendige Beweis dafür, daß man aus gewissen Tatsachen die allerverschiedensten Schlüsse ziehen kann, je nach der Gesinnung und der inneren Einstellung. Wer die Aufzeichnungen Goldschmidts unvoreingenommen liest, versteht schlechterdings nicht, wie jemand das, was in Rußland ist und geschieht, als Übergang zum Guten und als verheißungsvollen Anfang bezeichnen kann.

Was Goldschmidt über die industrielle Tätigkeit zu sagen weiß, ist herzlich wenig. Er war überhaupt nur in zwei Fabriken; auf der einen Fabrik war man mit dem Bau der Anlagen beschäftigt und gönnte dem deutschen Besucher den Anblick der Mittagspause; auf der anderen Fabrik war alles in tadelloser Ordnung, — aber man arbeitete nicht, weil keine Brennstoffe vorhanden waren. Die Teilnahme an einer Sitzung eines „Fabrikkomitees" hat Goldschmidt die Überzeugung beigebracht, daß die Arbeiter „verwaltungsqualifiziert" sind. Ähnlich schwach begründet sind die Eindrücke welche Goldschmidt von den großen Organisationen erhielt, denen die Leitung der einzelnen Wirtschaftszweige übertragen ist. Viel schöne Gedanken und gut einstudierte Worte, aber keine Taten. Goldschmidt bestätigt alles das, was die Warner vor den russischen Zustandsmethoden immer wieder festgestellt haben. Die Lebensmittelpreise, die Kosten einer Droschkenfahrt, der gänzliche Bankerott der Nahrungsmittelwirtschaft, das Blühen von Schleichhandel und Wucher, alles das gibt Goldschmidt als ehrlicher Mensch zu und klammert sich an die hoffnungsvollen Worte einzelner, um im Geiste aus den Gegenwartstrümmern ein Zukunftsschloß erstehen zu sehen.

Besonders interessiert das, was Goldschmidt über den Stand der Bahnen und der sonstigen Verkehrsmittel beobachtet hat. Er nennt das Oberbaumaterial der Bahnen „nicht mehr gesund" und die Schienen „ausgeleiert". Er sieht hierin die Hauptnot der russischen Wirtschaft. An vielen Stellen seines Berichts fragt man sich erstaunt, wo denn die gepriesene Arbeitsfreudigkeit, die der Kommunismus „selbsttätig" zur Folge habe, geblieben ist? Wenn Goldschmidt feststellt, daß eine Milliarde Ellen Tuch vorhanden sind, daß aber die Bekleidung viel zu wünschen übrig lasse, weil der Weg „vom Tuch zum Anzug" weit sei, so drängt sich einem die Frage auf, was denn die russischen Schneider eigentlich tun? Der Gemeinsinn müßte es ihnen doch eigentlich zur gebieterischen Pflicht machen, unermüdlich zu arbeiten, bis die reichen Tuchvorräte in Kleidungsstücke umgewandelt und damit der Kleidungsbedarf des Volkes gedeckt ist.

In den Straßen von Moskau ist gegen 10 Uhr vormittags und um ½5 Uhr nachmittags der Verkehr besonders stark, weil zu diesen Zeiten die Arbeit beginnt bezw. aufhört. Das sind also 6½ Stunden Arbeitszeit, die noch durch eine halbstündige Frühstückspause unterbrochen wird. Goldschmidt sagt selber: „Man arbeitet wenig in Moskau, viel zu wenig." Rußland ist nach den Behauptungen der Kommunisten das einzige Land, in welchem die Grundlagen für den Sozialismus gelegt sind. Sozialismus bedeutet aber nach dem bekannten Worte: „Arbeit". Es ist ein seltsamer Sozialismus, zu dem in Rußland die Grundlagen gelegt sind, wenn er seinen wichtigsten Charakter, die Arbeit, verleugnet.

Der russische Bolschewismus ist eine Diktatur der Minderheit. Goldschmidt gibt die Zahl der organisierten Kommunisten auf 600 000 an, bei einer Einwohnerzahl Rußlands von 150 Millionen, das wäre ein Bolschewist auf 250 Einwohner. Man bedenke, daß die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei in Rußland eine Fülle von Vorteilen gewährt, und daß seit Proklamierung der Sowjetregierung bereits fast drei Jahre verstrichen sind, in welchen auch die Langsamen und Zaudernden Zeit genug gefunden haben konnten, sich der herrschenden Partei anzuschließen. Goldschmidt wird sich in einem ausführlichen Buch über die „Wirtschaftsorganisation in Sowjet-Rußland" aussprechen. Was er in seinen vorläufigen Berichten an Eindrücken mitgeteilt hat, ist ein vernichtendes Urteil über die Leistungen und die Aussichten des russischen Bolschewismus.

Vorbildliche Arbeit.

Vorbildliche Arbeit wurde, wie die in Moskau erscheinende „Prawda" in Nummer 129 mitteilte, in den Eisenbahnwerkstätten der Station Orenburg geleistet.

Es sind dort in der Zeit vom 15. Mai bis 1. Juni ausgebessert worden: 7 Personenwagen, 171 gedeckte Güterwagen, 81 offene Güterwagen und 3 Tankwagen. Außerdem sind aber noch, ohne daß die Wagen abgehakt worden sind, 77 gedeckte und 3 offene Güterwagen repariert worden! Diese „vorbildliche Arbeit", wie das bolschewistische Blatt die Leistung nennt, ist von 191 gelernten und 190 ungelernten Arbeitern ausgeführt worden. Aber nun kommt das Wunderbarste: „Diese Arbeit ist ausgeführt worden, trotzdem kein Eisen, kein Weißmetall und sonstiges nötige Material zur Verfügung stand."

Vielleicht gelingt es uns vertrottelten Deutschen, von den Orenburgschen Eisenbahnern zu lernen, wie man ohne das notwendige Material kranke Waggons ausbessert. Es geschehen also anscheinend Zeichen und Wunder auch heute noch, allerdings nur in Orenburg, man muß nur den nötigen Glauben haben.

Der Baumarkt.

Der Plan der Mietssteuer hat wieder einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf die unerträgliche Lage des Baumarktes geführt. Die Wohnungsnot ist ohne großzügige Belebung der Bautätigkeit nicht zu beseitigen. Alles andre sind nur kostspielige Behelfsmittel, die sich schon während der Ausführung als unzulänglich erzeigen. Das Reich verfügt von sich aus nicht über die Mittel, um nachhaltig einzugreifen. Es kann schließlich nur die Notenpresse in Bewegung setzen mit dem Erfolg, daß das Geld sich immer mehr entwertet und die Baukosten überhaupt nicht mehr zu bestreiten sind. Ob die Mietssteuer so, wie sie gedacht ist, Abhilfe schafft, ist zweifelhaft. Sie geht in ihren Grundzügen davon aus, daß die Steigerung der Wohnungsmieten und der bebauten Grundstücke doch einmal kommen müsse. Die Mietssteuer soll den Mehrwert wegsteuern, um so die Mittel für neue Wohnungen zu gewinnen. Das ist scheinbar das Ei des Kolumbus. Aber auch nur scheinbar. Wenn der Baumarkt auf diese Weise sozialisiert wird, so wird die Bautätigkeit etwas bureaukratisches und mechanisches annehmen. Dazu kommt, daß der Ertrag der Mietssteuer in keinem Fall ausreicht, um der Wohnungsnot abzuhelfen. Es ist wahrscheinlich, daß die Mieten nicht nur um den Betrag der Mietssteuer hinaufschnellen, sondern noch weit darüber hinaus. Der Hausbesitz muß eine gewisse Unkostenrate herauswirtschaften. Diese muß angesichts der Preise für Materialien und der Löhne verhältnismäßig hoch sein. Ohne Unkostenrate würden die Häuser verfallen, was ja vielfach schon eingetreten ist. Die neuen Wohnungsbauten, die aus den Erträgen der Mietssteuer hergestellt werden, können nicht wohlfeil sein, da ihre Kosten durch die Marktpreise für Baumaterialien usw. bestimmt sind. Wenn aber die Mietspreise allgemein durch die Mietssteuer hinaufgesetzt werden, so muß das eine Rückwirkung auf die allgemeinen Markt- und Preisverhältnisse haben. Wenn die Mieten steigen, müssen auch die Löhne und Gehälter steigen. Wir haben das ja beim Steuerabzug gesehen, den sich die Pflichtigen nicht vom Einkommen abziehen lassen wollen, sondern den sie abzuwälzen suchen. Mit anderen Worten: die Mietssteuer wird das Bauen erheblich verteuern und erschweren. Private Bautätigkeit ist dann so gut wie ganz ausgeschlossen, denn wer könnte Häuser bauen, ohne die Sicherheit, die Rente herauszuwirtschaften. Wenn heute ein Wohnungsbau für 12 Familien nicht unter einer Million Papiermark zu errichten ist, müssen die einzelnen Wohnungen entsprechend hohe Mieten ergeben. Das alles sind volkswirtschaftliche Binsenwahrheiten.

Was wir nötig haben, ist ein Preisabbau. Die Mietssteuer bringt ihn nicht. Nun trifft es sich, daß auch in Frankreich, wo die Wohnungsnot nicht minder groß ist, Vorschläge gemacht worden sind, den Baumarkt zu beleben. Der französischen Kammer liegt ein Antrag Loucheur vor, der von 1921 bis 1930 rund 500 000 neue Wohnungen schaffen will. Die Mittel, rund 8 Milliarden Franken, sollen dadurch aufgebracht werden, daß die Staatsbanken oder Privatgesellschaften Obligationen ausgeben, unter Umständen wird auch an eine Anleihe gedacht. Wir haben in Deutschland noch immer die Einrichtungen der Sparkassen, deren Einlagen vor dem Krieg hauptsächlich dem Baumarkt in Form von Hypotheken zugeführt wurden. Hier sind Kapitalien vorhanden, die nutzbringender Anlage harren. Die Sparkassen haben erhebliche Bestände von Kriegsanleihen erworben, die sich nach und nach zur Hebung der Bautätigkeit verwenden ließen. Es müßte aber Vorsorge getroffen werden, daß diese Bestände bei ihrer Mobilisierung nicht zur Geldentwertung beitragen, da es ja das Reich ist, zu dessen Lasten die Einlösung ginge. Auch das ist möglich, wenn nur erst der Weg gezeigt ist, um Kapital für den Baumarkt frei zu machen.

Papiergeld.

Es wird viel zu wenig beachtet, daß ein enger Zusammenhang zwischen Preisen und Notenumlauf besteht. Was wir allgemein Teuerung nennen, ist wesentlich Geldverschlechterung; deshalb versagen auch alle Maßregeln für den Preisabbau, wenn [illegible] die Ursache der Geldverschlechterung, die Vermehrung des Papiergeldes, verstopft wird. Deutschland hat seit Jahresfrist seinen Papiergeldumlauf um 30 Milliarden Mark gesteigert. Es hält damit den Rekord unter allen europäischen Staaten. Allerdings von Rußland abgesehen, aber hier handelt es sich um Ausnahmezustände. Wie hoch der Papiergeldumlauf in Rußland ist, das weiß vielleicht nicht einmal die Sowjetregierung, da es sicherlich auch viele wilde Notenpressen gibt. Wenn bei uns gesagt wird, wir kämen noch einmal zu russischen Zuständen, d. h. die Geldzeichen werden bei uns gerade so wertlos sein, so ist das eine schlimme Gedankenlosigkeit. Rußland kann sich diese Überschwemmung mit Papiergeldnoten leisten, da 80 von 100 seiner Bevölkerung von der Hand in den Mund leben. Deutschlands komplizierte Wirtschaft vermag dies nicht. Unser Geldwesen darf nicht dauernd zerrüttet bleiben, weil dann ein regelmäßiger Ausfuhrhandel unmöglich ist. Wie nachteilig die Steigerung des deutschen Notenumlaufs auch auf die Wechselkurse ist, zeigt ein einfacher Vergleich.

Während beispielsweise der Notenumlauf von Mai 1919 bis Mai 1920 in Schweden nur um 0,2 gestiegen ist, in England um 6,2, in Frankreich um 11,3, macht die Steigerung für Deutschland 56,3 aus. Wenn die Monate Juni und Juli hinzugerechnet werden, stellt sich der Vergleich für uns noch ungünstiger. Angesichts dieser starken Geldverschlechterung in Deutschland darf es auch nicht überraschen, daß sich die Wechselkurse dauernd tief halten. Alle anderen Staaten, soweit sie über ein geordnetes Geldwesen verfügen, machen Anstrengungen, den Notenumlauf einzuschränken. In Schweden hat die Reichsbank, gerade so wie die Bank in England, aufgefordert, die Kredite einzuschränken. Es sollte dadurch erreicht werden, daß die Banken der Zentralnotenbank nicht immer wieder Noten einziehen. Auch in Deutschland sind Banken schon aufgefordert worden, die Kreditgewährung vorsichtiger zu handhaben. Das ist nach Lage der Sache ein Schlag ins Wasser. Es ist ja nicht die Wirtschaft, die den Wechselnotenumlauf verschuldet hat. Wenn die Reichsbank unter ihren Aktiven über 40 Milliarden Mark Wechsel aufweist, so dürften darunter nur wenige Warenwechsel sein. Der Wirtschaft gegenüber hätte die Reichsbank Mittel genug, um den Notenumlauf zu hemmen. Sie brauchte nur die Diskontschraube anzuziehen und der gewünschte Erfolg wäre da. Aber den Schatzwechseln des Reiches gegenüber versagt diese Politik. Die Reichsbank muß sie nehmen, Papiergeld dafür hingeben, so daß der Notenumlauf immer höher steigt. Die Reichsbank ist zur Geldschöpferin geworden. Das ist eigentlich nicht ihre Aufgabe. Sie soll die Währung beaufsichtigen und stützen, aber nicht verderben. Dazu ist sie außer Stande, es sei denn, daß die deutsche Bank- und Münzgesetzgebung wieder neu geordnet wird. Alsdann muß der Kredit, den die Reichsbank dem Reiche gewährt oder gewähren darf, durch Gesetz eine Beschränkung erfahren, da der Geldzeichenumlauf von der Wirtschaft erzeigt und reguliert werden muß. Es heißt das Pferd am Schwanz aufzäumen, wenn das Reich durch Zwangsmaßnahmen einen gewaltsamen Abbau der Preise herbeiführen will, auf der anderen Seite aber immer neue Noten in den Verkehr strömen läßt. Das Ausland lehnt es denn auch ab, deutsche Banknoten in

Zahlung zu nehmen. Oder sie werden so niedrig bewertet, daß jeder Kauf in Deutschland von Nachteil ist und einen Vermögensverlust bedeutet. Um im Ausland kaufen zu können, müssen wir entweder in Gold zahlen, das wir nicht besitzen, oder gute Auslandswerte hingeben. Auch das ist von Nachteil, da sich dann unsere Zahlungsbilanz, die nicht mit der Handelsbilanz verwechselt werden darf, immer ungünstiger gestaltet. Wollen wir diese Mängel und Nachteile abstellen, so bleibt uns nur das Mittel der Verdoppelung unserer wirtschaftlichen Energien. Wir brauchen Gütererzeugung, aber keine Notenüberschwemmung.

Ein Dorn im Auge.

Die „Technische Nothilfe" ist aus recht naheliegenden Gründen den linksradikalen Kreisen ein Dorn im Auge. Schon in der Zeit der vorjährigen Unruhen und Streiks, als wir es dieser Einrichtung zu verdanken hatten, daß lebenswichtige Betriebe, wie Gasanstalten, Elektrizitätswerke u. a. mehr nicht verkamen, oder wenigstens auf lange Zeit hinaus betriebsunfähig wurden, versuchten die linksradikalen Blätter durch dreiste Lügereien die Arbeit der Nothilfe herabzusetzen, indem sie die Mitglieder der Diebereien beschuldigten.

Kürzlich wandte sich die „Freiheit" wieder einmal gegen diese Organisation, an der sie vor allem tadelte, daß sich ihre Protektoren im Lager der Rechtsradikalen befänden, daß sie arbeiterfeindlich wären und sich vom Gelde der Arbeiter mit unterhalten ließen, und daher mit allen Mitteln auf das schärfste zu bekämpfen wären.

Dieser etwas kühnen Behauptung, über die jeder vernünftige Arbeiter den Kopf schütteln dürfte, könnte man die Frage entgegenhalten, ob nicht auch die Wiederherstellung lebenswichtiger Betriebe, die bei Versagen der Nothilfe zu Grunde gerichtet wären, teilweise zu Lasten der Arbeiter geht, die schließlich auch auf die Belieferung von Gas und Elektrizität angewiesen sind.

Weiter wird in dem Artikel der „Freiheit" gefragt, was die „Technische Nothilfe" dem Staate koste und kommt man zu dem Schluß, daß der Etat der „Technischen Nothilfe" jährlich rund 20 Millionen Mark ausmache. Wir haben des öfteren Gelegenheit genommen, an dieser Stelle anzuhören, welche ungeheuren Werte an Lebensmitteln jährlich uns verloren gegangen wären, wenn nicht zur rechten Zeit die „Technische Nothilfe" mit ihrer Arbeit eingesetzt hätte. Davon weiß natürlich die „Freiheit" nichts zu melden. Um ein Beispiel der letzten Woche anzuführen:

Am 3. September traten in Hamburg und Altona die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischindustrie in den Streik. Da auch die Entladearbeiten an den am Altonaer und Hamburger Fischmarkt liegenden und täglich neu eintreffenden Fischdampfern nicht ausgeführt wurden, mußte am 5. September die Nothilfe eingesetzt werden, um die Ladung vor dem Verderben zu retten. In der Nacht vom Sonntag auf Montag löschten 63 Nothelfer sechs Dampfer mit einer Gesamtladung von etwa 400 000 Pfund Fischen. Am Montagmorgen fand die übliche Fischauktion wieder statt, die Fischzuführen wurden restlos von dem Hamburg-Altonaer Kleinhandel aufgenommen. Die Folge dieser reichlichen Belieferung des Hamburger Marktes war ein bedeutender Rückgang der Fischpreise; das Verderben der Ladung hätte das Gegenteil bewirkt! — In der folgenden Nacht arbeitete die Nothilfe mit 140 Mann und holte 579 000 Pfund in die Markthallen. Am Dienstag nachmittag war der Streik beendet und die Nothelfer wurden zurückgezogen. Zwei Nächte Nothilfe-Arbeit — Ergebnis: Rettung von 979 000 Pfund Fischnahrung im Werte von rund 2½ Millionen Mark.

Hiernach wird es jedem Einsichtigen unzweifelhaft sein, daß die aus egoistischen, parteilichen Interessen angegriffene „Technische Nothilfe" an erster Stelle der notleidenden Arbeiterbevölkeruug zugute kommt, die durch das rigorose Streikinszenieren ohne Rücksicht auf die augenblickliche Notlage der ärmeren Großstadtbevölkerung, dank der linksradikalen Genossen, hungern und frieren müßten.

Lokales und Provinzielles.

Warmbrunn.

* **Der Turnverein** hielt am gestrigen Mittwoch seine Monatsversammlung ab, in der zunächt fünf neue Mitglieder aufgenommen wurden. Zu der Versammlung waren die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und des Sportvereins F. C. Preußen 12 geladen worden, weil die Turnhallenfrage immer brennender wird und auf Lösung drängt. Die Gemeinde hatte schon in früheren Jahren beim Ankauf ihres Grundstücks auf der Hospitalstraße die Absicht gehegt, im Anschluß an die Evangl. Schule eine Turnhalle zu errichten, sie scheiterte allerdings an der Geldfrage. Von irgend einer anderen Seite wurde dieser Angelegenheit nicht genügende Aufmerksamkeit gewidmet, und namentlich der Turnverein hatte nach Erwerbung seines Grundstücks — des herrlichen Turnplatzes — nicht unbegründete Aussicht, auch zu einer Turnhalle zu kommen, denn der gute Wille seitens Gönner war vorhanden. Aber wie so vieles im Frieden, wurde auch die Turnhalle auf die „lange Bank" geschoben, und jetzt kann der Turnverein allein nicht daran denken, sie zu bauen, er muß die Allgemeinhilfe in Anspruch nehmen. Deshalb hatte der Vorsitzende die obengenannten Vereine eingeladen, die ebenfalls von der Turnhalle große Vorteile zu erwarten haben: die Feuerwehr einen praktischen Geräteschuppen mit allen neuzeitlichen Einrichtungen, der Sportverein für den Winter eine Unterkunft zur Ausübung von Leichtathletik usw. Aber nicht allein den Vereinen soll die Turnhalle dienen, sondern auch der Gemeinde, bezw. den Schulen, denn auch diese sind im Winter mit dem Turnen in einer üblen Lage. Die anwesenden Vereinsvertreter erkannten einmütig an, daß hier eine für Turn-, Sport- und alle Leibesübungen empfindliche Lücke auszufüllen sei und waren bereit, ihre Vereine in den Dienst dieser Sache zu stellen. Natürlich kann die Idee zunächst nur auf Grund freiwilliger Opfer der Verwirklichung näher geführt werden. Es sollen sportliche, turnerische Veranstaltungen gegen Eintrittsgeld, das in den Turnhallenfond fließt, abgehalten werden, wie auch die Feuerwehr ihr Können nach dieser Richtung nützlich verwerten soll. Aber auch die breite Oeffentlichkeit dürfte nicht verkennen, daß die Förderung von Turnen, Sport und Spiel mit zu den ersten Lebensbedingungen eines darniederliegenden Volkes, wie das unsere, gehört; sie hat ja auch schon in allen Tonarten vom Regierungstische aus vernommen, daß eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Staates die Förderung der Leibesübungen in jeder Form sei. Das neue Militär hat ja auch diese als einen Hauptbestandteil seiner Ausbildung aufgenommen. Es wurde ein Ausschuß gewählt, der so bald als möglich Schritte unternimmt, den Turnhallenbaufonds zu fördern und Mittel und Wege zu suchen, demselben Einnahmen zuzuführen und vor allen Dingen die Allgemeinheit dafür zu interessieren. In diesen Ausschuß wurden zunächst die Vorsitzenden und Kassierer der am nächsten an der Sache interessierten Vereine: des Turnvereins, der Feuerwehr und des Sportvereins, sowie der Kreis-Jugendpflegers, Herr Rektor Scheer in Hirschberg, gewählt. Dieser Ausschuß wird sobald als möglich seine Tätigkeit aufnehmen. — Vom Turnverein „Vorwärts", Hirschberg war ein Schreiben eingegangen, welches unseren Verein zu einer Moltkefeier am Sonntag, den 24. Oktober auf den Moltkefelsen einlud. Am 26. d. Mts. sind es 120 Jahre, daß Moltke daß Licht der Welt erblickte. Zu Ehren Moltkes wurde am Himmelfahrtstage 1896 in Schreiberhau ein Denkmal enthüllt, wohin die Turner alljährlich bis zum Kriege wanderten. Die Versammlung beschloß, an der Turnfahrt am 24. teilzunehmen. Näheres wird noch bekanntgegeben. — Die Alte Herrenriege ist in Flor und ist ununterbrochen fleißig an der Arbeit. Es wurde angeregt, eine zweite Riege zu bilden, in die solche Mitglieder eingereiht werden, die des Turnens noch nicht kundig sind. Männer, die gewillt sind, dieser Riege beizutreten,, sind jeden Donnerstag abend hierzu herzlich willkommen; sie werden einige wirklich genußreiche Stunden verleben. Beschlossen wurde, das Alter für die Aufnahme in die Alte Herrenriege auf 30 Jahre festzusetzen. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung, die mit Begeisterung für die Turnsache an den Verhandlungen teilnahm, wurde mit dem Dank und der Hoffnung auf ein gutes Gelingen des Turnhallenbaues vom Vorstande geschlossen.

* **Einweihung.** Am Sonnabend, den 9. d. Mts. findet die Einweihungsfeier des neuerbauten Saales im „Preußischen Hof" statt. Als der neue Besitzer, Herr Böse, vor etwa Jahresfrist den „Preußischen Hof" übernahm, ging er mit großer Energie daran, das altrenommierte Haus, dessen Ansehen infolge des Krieges stark gelitten, auf die Höhe zu bringen. Keine Kosten wurden gescheut, um innen und außen eine Verjüngung des Unternehmens herbeizuführen. Hierbei hatte Herr Böse zunächst Herz und Hand für ein Stück Allgemeinwohl, denn er errichtete in uneigennütziger Weise eine schöne Wartehalle sowie den Raum für unser Verkehrsbüro, welches schon lange ein Traum unseres Badeortes war und das er gegen geringes Entgelt zur Verfügung stellte. Dann erst ging er an den Bau eines Saales, der in modernster und praktischster Form ausgeführt, sicher ein Bedürfnis für unseren Badeort sein wird, besonders dadurch, als in demselben auch ein moderners Kino untergebracht, welches für anständige Unterhaltung und Belehrung sorgen wird. Die Person des Herrn Böse, der tadellose Wirt des „Preußischen Hofes" — ein Wirt in idealer Bedeutung — gibt uns sichere Bürgschaft dafür, daß der „Preußische Hof" nicht nur für Warmbrunn eine Stätte reellster und bester Bewirtung und Unterhaltung, sondern auch weit über unsere Grenzen hinaus den besten Ruf erwerben wird und nicht zuletzt zum Vorteil unseres Badeortes. Im übrigen verweisen wir bezüglich der Einweihungsfeier auf den heutigen Anzeigenteil.

* **Fußballwettspiel.** Am 3. 10. stieg in Landeshut ein Wettkampf, zwischen Landeshut I und Warmbrunn I der ersten Gaumeisterserie. Landeshut zwar mit 10 hielt sich tapfer und brachte Warmbrunn oft in heikle Bedrängnis. Warmbrunn durch Ersatz geschwächt konnte jedoch die gleiche Stärke aufweisen, sodaß sich ein scharfes aber äußerst ausgeglichenes Spiel entwickelte. Mit 3 : 1 (3 : 0) für Warmbrunn trennte der Unparteiliche die Mannschaften. Am nächsten Sonntag trägt Warmbrunn I sein letztes Spiel in der diesjährigen ersten Gaumeisterserie in Hartau gegen Greiffenberg I aus. Da sich die Punkte bisher ziemlich gleichmäßig verteilen ist mit einem sehr spannenden Kampf zu rechnen. Warmbrunn II spielt am gleichen Tage in Greiffenberg gegen die dortige II. Mannschaft.

* **Künstler-Abonnementskonzerte.** Wie aus dem Inserat der heutigen Nummer dieser Zeitung ersichtlich, steht den Besuchern der diesjährigen Warmbrunner Galerie-Konzerte ein ganz auserlesener Genuß bevor. Die Namen der Künstler haben in der Musikwelt einen so guten Klang, daß mit Sicherheit zu erwarten ist, es werden auch in der bevorstehenden Winter-Saison dieses künstlerische Ereignis die gebührende Beachtung finden. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß nur noch eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten in der Buch- und Kunsthandlung von Max Leipelt zur Verfügung steht.

* **Gemeindevertretersitzung** am Freitag, den 8. Okt. 1920, nachmittags 5 Uhr. Tagesordnung. Oeffentliche Sitzung. 1. Verpachtung der Baude Bd. II. Bl. 8. N.G.A. 2. Versorgung der Notbeleuchtung im Kino durch die Talbahn A.-G. 3. Bewilligung der Tilgungsraten und Zinsen für die während des Krieges ausgesetzten Anleihetilgungsquoten. 4. Verkauf des Bezugsrechtes für 3000 Mk. Aktien des Komers und Diskontobank für die Puschmann-Stiftung und Verwendung der Verkaufsgebühren. 5. Lyzeumsangelegenheiten. a. Verwendung des Schulgrundstückes vom 1. 4. 1921 ab; b. Festsetzung der Bedingungen für die etwaige Veräußerung des Grundstücks zwecks Einholung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde zum freihändigen Verkauf; c. Bewilligung des nichtgedeckten Fehlbetrages für 1919; d. Festsetzung des Gemeindezuschusses für 1920; e. Vertretung der Gemeinde in einem Prozeß der früheren Leiterin gegen die Gemeinde; f. Festsetzung der Feuerversicherungssumme. 6. Festsetzung der Gemeinderechnung für 1919 und Entlastung des Rechnungsführers. 7. Feststellung der Rechnung der Bruce-Stiftung für 1918 und Entlastung des Rechnungsführers. 8. Mitteilungen.

Herischdorf.

Am 12. Oktober 1920. nachmittags von 3—4 Uhr, findet eine

Zackenschau

statt. Die Interessenten werden hiervon in Kenntnis gesetzt.

Die Herren Landwirte von Herischdorf ersuche ich hiermit, sich zu einer

Aussprache über die Kartoffelversorgung, Viehaufbringung und über die Milchversorgung

in Ernst's Gasthaus am Sonnabend, den 9. d. Mts., nachmittags 7 Uhr gefälligst einfinden zu wollen.

Herischdorf, den 7. Oktober 1920.

Der Gemeindevorsteher:
Feeser.

Burg Eltz.

Die Vernichtung eines deutschen Kleinods.

Deutschland ist um eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges ärmer: Schloß Eltz ist abgebrannt. Die ehrwürdige ungemein malerisch gelegene, rings von bewaldeten Berge umkränzte Burg war der Stammsitz der Grafen von Eltz und blickte, wenigstens soweit ihre ältesten Teile in Betracht kamen, auf eine Vergangenheit von achthundert Jahren zurück. Der hochragende Bau mit seinen vielen Stockwerken und seinem reichen Schmucke an wunderlichen Giebeln, Türmen und Türmchen war eine der schönsten Zierden der mit Schönheiten gesegneten Moselgegend und ist unzählige Male in Wort und Bild geschildert oder dargestellt worden. Zu dieser Augenweide zu gelangen, war nicht ganz einfach. Verhältnismäßig am bequemsten war es, wenn man die Wanderung zu dem Schlosse von dem an der Mündung des Eltztales gelegenen Dorfe Moselkern aus antrat, das sowohl Eisenbahn- als auch Dampferhaltestelle ist. Von hier gelangte man in einer Stunde, zuerst zwischen Weinbergen, dann auf schmalem, bei nassem Wetter sehr schlüpfrigem Waldespfad zu der Burg.

Man sah sie nicht eher, als bis man vor ihr stand. Um so überraschender, um so eindrucksvoller wirkte der von allem Zauber der Romantik umflossene Bau. Auch der von der anderen Seite her sich Nahende bekam das Schloß erst spät zu Gesicht. Dieser versteckten, von Wald und Berg umschirmten Lage hat man es zuzuschreiben, daß diese Burg den Raub- und Verwüstungszügen der Franzosen entgangen war. Zahllos sind die Ruinen im Westen Deutschlands, besonders in den Rhein- und Moselgegenden, die an diese Züge erinnern. Namentlich auf dem linken Rheinufer wird man durch Trümmerstätten immer und immer wieder daran gemahnt. Was nicht die Söldner Ludwigs des Vierzehnten zerstörten, wurde in späteren Kriegen, besonders in den Revolutions-Feldzügen, verwüstet. Schloß Eltz aber war wundersam behütet worden. Durch mehr als sechs Jahrhunderte war es von den vielen Kriegsgreueln, die des Rheins und seiner Nebenflüsse gesegnete Gefilde heimsuchten, verschont geblieben. Nur wenige bauliche Schöpfungen solcher Art teilten mit der Burg Eltz dieses glückliche Geschick.

An der Mosel erzählt man sich, daß die Franzosen wiederholt in der Nähe des Schlosses vorübergezogen wären, daß sie es aber, weil es abseits von der Heerstraße im Tale lag, nicht gefunden hätten. Das klingt sehr hübsch, stimmt aber mit der geschichtlichen Wahrheit kaum überein. Andern Überlieferungen zufolge soll gelegentlich ein Besitzer der Burg den französischen Befehlshaber bestochen haben. Die anziehendste Erklärung aber für die Erhaltung des Schlosses ist der Hinweis, daß ein Mitglied der Familie des Grafen von Eltz im französischen Heere gedient und durch seinen Einfluß die Schonung des reizvollen Baues erwirkt habe. Sei dem jedoch wie ihm wolle, Deutschland durfte stolz darauf sein, ein solches entzückendes bauliches Kleinod zu besitzen. Nun ist diese Schönheit dahin. Die Gluten des Feuers, die ihm in Dutzenden von Kriegen ferngeblieben waren, haben das Schloß jetzt, im Frieden, vernichtet.

Wird es fortan eine Ruine mehr auf dem linken Rheinufer sein oder wird man es in der früheren Gestalt wieder erstehen lassen? Ein glänzendes Beispiel derartiger Neuschaffungen bietet die nicht weit, kaum zwanzig Kilometer von der Burg Eltz entfernte Burg Cochem, die der bekannte Berliner Kaufherr Ravené nach alten Ansichten und Plänen hat aufbauen lassen. Die jetzigen Zeiten sind zwar solchen Unternehmungen nicht günstig, aber es werden dereinst wieder bessere Tage kommen, für Deutschland und vielleicht auch für die so schnöde hinweggeraffte Burg Eltz. *A. St.*

Vermischtes.

Ein Scheinkampf in den Lüften. Der französische Fliegerhauptmann Fonck ist kürzlich bei einem Scheinkampf in den Lüften, der eine Nummer der Olympischen Spiele in Antwerpen bildete, theoretisch getötet worden. Der vorgespiegelte Luftkampf verlief genau nach dem vorher festgelegten Programm. Die Gegner stiegen auf und bezogen die ihnen angewiesene Stellung, um auf ein gegebenes Signal in einer Höhe von 500 bis 1000 Metern den Kampf zu beginnen, für dessen Dauer 10 Minuten festgesetzt waren. In dieser Zeit mußten beide Flieger vermittels der an Bord befindlichen Revolverapparate photographische Aufnahmen der einzelnen Phasen des Kampfes machen. Auf Grund dieser Photographien konnten die Schiedsrichter feststellen, daß Fonck von seinem Gegner, dem belgischen Leutnant Hage, im Ernstfall abgeschossen worden wäre.

Wie groß waren Adam und Eva? Über die Maße von Adam und Eva geht die biblische Geschichte bekanntlich mit Stillschweigen hinweg. Beredter äußert sich zu diesem Thema schon ein arabischer Bibelerklärer. Nach ihm reichte der aufrechtstehende Adam von der Erde bis zum Himmelsgewölbe. Diese Größe erfuhr aber gradweise eine Verkürzung, teils infolge seiner Sünden, teils infolge des Kummers, in den ihn der Tod Abels stürzte. Was Eva anbetrifft, so erhält man einen schwachen Anhalt für die Schätzung ihrer Größe durch die Behauptung, daß ihr Grab am heiligen Platz von Djidda eine Länge von 152 Meter und eine Breite von 3 Meter haben soll. Das paßt freilich schlecht zu der Größe der beiden Metallstatuetten, die kürzlich bei einer Londoner Auktion öffentlich versteigert wurden. Der Katalog bezeichnet sie als die „lebensgroßen" Figuren von Adam und Eva und gibt ihre Maße mit rund drei Meter an. — Wer's nicht glaubt, kann nachmessen.

Buchstabenrätsel. In Stettin haben sich zur Wahl von politischen Arbeiterräten zusammengetan: K. P. D., K. A. P. D., A. A. U. und F. S. J. Es sind noch einige Buchstabenrätsel mehr, aber die haben sich nicht entziffern lassen. Jedenfalls wird der Politiker gutlun, zu U. S. P., K. P. D. und K. A. P. D., die er schon einigermaßen kennt, nun dazu zu lernen A. A. U. (Allgemeine Arbeiter-Union) und F. S. J. (Freie Sozialistische Jugend).

∴ Hotel Preussischer Hof, Warmbrunn ∴

Sonnabend, den 9. Oktober, abends 7½ Uhr:

Einweihung des neuerbauten Saales

Musikalische Unterhaltung

Zugleich: Eröffnung der Warmbrunner Lichtspiele.

Zur Vorführung kommen:

1. „Der Jäger von Fall“,
Jägerdrama aus den bayerischen Bergen in 5 Akten (nach dem gleichnamigen Roman von Ludwig Ganghofer).

2. „Die Frau im Doktorhut“,
Lustspiel in 4 Akten.
In der Hauptrolle: Lotte Neumann.

Für bekannt gute Bewirtung aus Küche und Keller ist bestens gesorgt.

Im Anschluss: **Gesellschaftstanz.**

Eintrittspreis für die Person (einschl. Lichtspielvorführung und Tanz) 5 Mk., für eine Familie (3 Personen) 10 Mk., für jedes weitere Familienmitglied 3 M.

Heinrich Böse.

Gasthof „Schwarzer Adler“

Fernsprecher Nr. 16 Bad Warmbrunn, Hermsdorfer Str. 37

Sonnabend, den 9. Oktober, von nachm. 5 Uhr an:

Einweihungsfeier.

„Walzer-Abend“.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt

Es ladet ergebenst ein **Erich Enderwitz,** neuer Besitzer.

Sonntag: **Nachfeier.**

Freiw. Feuerwehr, Warmbrunn.

Sonnabend, den 9. Oktober 1920, abds. 8 Uhr, im Saale des „Weißen Adler“:

Feier des 46jährigen Stiftungsfestes.

Alle inaktiven und aktiven Mitglieder nebst ihren Familienangehörigen laden wir herzlichst ein. **Eintrittskarten** sind in der Buchhandlung C. Mühle, Ziethenstraße, für Familienangehörige in Empfang zu nehmen. Programm und Eintrittskarten sind nicht übertragbar.

Der Feuerwehrrat.

Sportverein Warmbrunn

Sonnabend, den 9. Okt., abends 8 Uhr:

Monatsversammlung

im Blockhaus.

Ein großer, tadellos geschliffener

Trumeauspiegel

sowie ein größerer Posten

Lötzinn

zu verkaufen

Landhaus-Diele Warmbrunn.

WO?

ist fofort eine **möblierte Wohnung** mit 2 Betten und Kochgelegenheit an Dauermieter zu vergeben?

Angebote unter „M. M.“ an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

---

10 Kaninchen

zu verkaufen.

Hirschbergerstraße 13.

Wegen Futtermangel

1½jährige Ziege

zu verkaufen. 1mal gezickelt.

Günther;

Herischdorf, Gerh.-Hptmstr. 5.

Ein

photogr. Apparat

9×12 Klappkamera, mit Metall-Stativ und sonstigem Zubehör, sowie ein

Mauserteschingg

6 cm gezogener Lauf, zu verkaufen. Näheres durch die Geschäftsstelle.

Gesundes, ehrliches

Mädchen

14 bis 15 Jahre für sofort gesucht, wegen Erkrankung des Jetzigen.

Herischdorf, Bahnhofstr. 12, I.

Geb. Schwester

sucht Stellung zur Pflege oder im Haushalt, im Kochen erfahren, auch tage- oder stundenweise Tätigkeit.

Angebote unter **A. B. 88** an die Geschäftsstelle.

Ordentliches, sauberes

Schulmädchen

für 3 Tage im Haushalt gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Künstler-Abonnementskonzerte

Galerie Warmbrunn. Winter 1920/21.

29. Oktober 1920: Frau Dr. Ilse Fromm-Michaelis-Hamburg (Klavier),
25. November 1920: Frau Kammersängerin Marcella Röseler-Breslau,
20. Januar 1921: Trio-Vereinigung Dr. Felix Günther, Dozent an der Humboldt-Hochschule, Berlin; W. Waghalter, 1. Konzertmeister des deutschen Opernhauses, Berlin; Hans Kraus, 1. Solocellist des Opernhauses, Berlin,
10. Februar 1920: Adrian Rappoldi-Dresden, Violine.

Die Liste zum Einzeichnen liegt noch bis 15. Oktober in der Buch- u. Kunsthandlung von Max Leipelt aus. Ueber die nicht bis 20. Oktober abgeholten Karten wird anderweitig verfügt.

Sophie Gräfin Schaffgotsch
Frau Geheimrat Füllner — Schwester Luise John — Dr. Jedin
Max Leipelt — Sanitätsrat Dr. Moses — Frida Tepler

Der letzte Tag vor der Entscheidung!

Die großen Entscheidungskämpfe um den großen Preis vom Riesengebirge um 6000 Mark, werden nur noch von den 4 Weltmeistern Carl Saft, Strenge, Koch und Stalling bis **Freitag, den 8. d. Mts.** ausgetragen. Die Bekanntmachung der kämpfenden Paare wird nur an den Anschlagsäulen in Hirschberg bekannt gegeben, da die Resultate voraussichtlich sehr spät bekannt werden.

Die Direktion des Konzerthauses Hirschberg.

Buchhandlung Weisser

(Fernruf 176)

übernimmt gewissenhafte Besorgung aller

:: Zeitschriften und Bücher ::

Die arme

Diaspora-Grenz-Gemeinde Myslowitz

benötigt behufs Erhaltung der seit dem Jahre 1902 daselbst errichteten Diakonissen-Station dringend der auswärtigen Liebe, da die arme, schwer geprüfte Diaspora Gemeinde die jährlich betragenen Kosten von **2500 Mk.** nicht aufzubringen vermag. Der Mitbegründer dieses so edlen Samariter-Werkes, Herr von Prittwitz und Gaffron Hermsdorf u. K. wäre sehr dankbar, wenn liebe Freunde ihm zur Vermittlung von Liebesgaben verhelfen würden.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey“
Warmbrunn-Herischdorf.

Die nächste Unterrichtsstunde im Anfängerkursus

findet am

Freitag

statt.

Zur Anfertigung von

Drucksachen

empfiehlt sich

P. Fleischer's Buchdruck., Warmbrunn

Zentral Heizungen

Verwendung von Braunkohlen u. minderwertig. Brennmaterial / Bei Koksfeuerung bedeutende Ersparnis an Brennmaterialien durch unsere **Einsatzvorrichtung** D.R.P. a. Vollkommenere Ausnutzung, sowie fast rauchlose Verbrennung. / Einfache Montage - für jed. Kesseltyp - ohne Betriebsstörung.

E. Book & Co., Zentral-Heizungs- und Lüftungsanlagen
Breslau 16, Schulgasse 17 • Fernruf Ring 7016

Reparaturen und Umbau unwirtschaftlicher und veralteter Anlagen in bester Ausführung unter Ingenieuraufsicht und billigster Berechnung.

Schnellste Ausführung. Beste Empfehlungen

Grenzfeststellungen

Vermessungen mit amtlicher Gültigkeit, Höhenaufnahmen. :—: Lagepläne. Grenzsteine stets auf Lager.

Ingenieur Gebers, Hirschberg.